

Berantwort. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8—4.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitsiehe oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 14. September 1893.

Nahme von Interaten Kohlmarkt 10 und Archiv 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasen & Vogler G. L. Daube, Invalidenkant. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, Au Steinier, William Wilkens, In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Copenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Zur Landtagswahl.

Im Hinblick auf die nahe bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen ist es von Interesse, sich noch einmal die Zusammensetzung desjenigen Abgeordnetenhauses zu vergegenwärtigen und aus diejenigen Wahlkreise hinzuweisen, in denen Verschiebungen in der Parteiteilung der Abgeordneten noch am ehesten zu erwarten sind. Von den 433 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gehörten zuletzt 128 Mitglieder der konservativen, 60 der freikonservativen, 86 der national-liberalen, 29 der freisinnigen, 98 der Zentrums-, 15 der polnischen Fraktion, an, 12 waren fraktionslos (darunter 8 von konservativer, 2 freikonservativer, 2 von liberaler Richtung, 2 Dänen). Die "Nat.-Vib." bringt den ersten Theil einer speziellen Übersicht, der wie folgt lautet:

1) Die Provinz *Sachsen* hat in 16 Wahlkreisen 32 Abgeordnete zu wählen. Davon waren 22 konservativ, 3 freikonservativ, 1 national-liberal, 1 freisinnig, 1 wild (liberal), 4 ultramontan. Die konservativen Wahlkreise sind hier gut befestigt, nur Gumbinnen und Tilsit bieten für liberale Kandidaten einige Aussichten. Dagegen ist auch in der bisher durch Männer verschiedener liberaler Richtung vertretenen Stadt Königsberg immer eine starke konservative Gruppe zu befürchten.

2) Die Provinz *Westpreußen* hat in 12 Wahlkreisen 22 Vertreter zu wählen. Davon waren bisher 24 konservativ, 8 freikonservativ, 2 national-liberal, 4 freisinnig, 1 ultramontan, 3 Polen. In den konservativen Wahlkreisen und Gründen haben die liberalen immer starke Minderheiten ausgebracht. Schon zweifelsfrei erscheint auch das Ergebnis einer Neuwahl in dem jetzt durch ein politisch-ultramontan-freisinniges Kompromiss von einem Freisinnigen und einem Zentrumsmann mit knapper Mehrheit den konservativen abgängigen Wahlkreis Tuchel-Schlesau.

3) Die Provinz *Brandenburg* hat außer den 9 sämtlich in freisinnigen Händen befindlichen und schwer anfassbaren Berliner Mandaten in 18 Wahlkreisen 36 Abgeordnete zu wählen. Davon waren bisher 25 konservativ, 3 freikonservativ, 3 fraktionslos (konservativ bzw. freikonservativ), 1 freisinnig (Stadt Stettin). Die konservativen Wahlkreise sind hier jetzt wohlbefestigt. Nur in Stadt Frankfurt a. O., sowie in Ost- und Westhavelland sind die Aussichten für liberale Kandidaten etwas günstiger.

4) Die Provinz *Pommern* wählt in 13 Wahlkreisen 26 Vertreter. Davon waren bisher 20 konservativ, 2 freikonservativ, 3 fraktionslos (konservativ bzw. freikonservativ), 1 freisinnig (Stadt Stettin). Die konservativen Wahlkreise sind hier jetzt wohlbefestigt. Nur in Stadt Frankfurt a. O., sowie in Ost- und Westhavelland sind die Aussichten für liberale Kandidaten etwas günstiger.

5) Die Provinz *Posen* wählt in 14 Wahlkreisen 29 Vertreter. Davon waren zuletzt 6 konservativ, 7 freikonservativ, 1 national-liberal, 1 freisinnig, 12 Polen. In der jetzt mit knappster Mehrheit freisinnig vertretenen Stadt Posen stehen sich Polen, Freisinnige und die weiter rechts stehenden deutschen Richtungen annähernd gleich stark gegenüber, und es wird ein lebhafter Kampf entbrennen. Die Mandate von Posen-Land sind durch ein konservativ-freisinniges Kompromiss gegen die Polen mit geringer Mehrheit in den Händen jener beiden Parteien. Auch die Wahlkreise Samter und Braunsdorf sind ohne Zusammenhalten der deutschen Parteien schwer gegen die Polen zu halten. Von den politischen Wahlkreisen würden höchstens Gneus einige Aussichten für eine deutsche Kandidatur bieten.

6) Die Provinz *Schlesien* wählt in 30 Wahlkreisen 66 Abgeordnete. Davon waren zuletzt 21 konservativ, 8 freikonservativ, 6 national-liberal, 4 freisinnig, 25 ultramontan, 1 fraktionslos (konservativ). Ein heiterer Kampf wird um die 3 Mandate der Stadt Breslau entstehen, von denen jetzt je eines den Konservativen, den Freikonservativen und den National-liberalen durch Kompromiss zwischen diesen Parteien zufallen. Es war aber eine sehr knappe Mehrheit gegen die freisinnigen Kandidaten, die damals nur durch die Zurückhaltung der Zentrumswahlmänner erzielt werden konnte. In den meisten anderen Wahlkreisen bieten Parteien, die Parteien aus dem bisherigen Verzugsland zu verdrängen, wenig Aussicht auf Erfolg. Nur im Regierungsbezirk Breslau dürften einzelne Mandate zwischen Konservativen und Freisinnigen streiten sein.

7) Die Provinz *Sachsen* wählt in 21 Wahlkreisen 35 Abgeordnete. Davon waren bisher 13 konservativ, 13 freikonservativ, 9 national-liberal, 1 freisinnig, 2 ultramontan. Es ist nicht anzunehmen, daß hier irgend neuemswerte Verschiebungen in der Parteiteilung der Vertretung stattfinden. Am meisten umstritten zwischen Freisinnigen und Konservativen ist das bis jetzt von den älteren unumgehbar wählbaren Wählern von Nordhausen

die schäfische Landesstruktur. Der Kaiser führte gestern persönlich das Kommando des 14. Korps, dessen Vortruppen seither vom 15. Korps angegriffen worden waren. Der Kaiser ließ die gesammte Artillerie des 14. Korps vorgehen und vertrieb den Gegner von Position zu Position.

Nachdem Wingenbach passiert war und auf einer Anhöhe nördlich von Elberbach die Artillerie des 15. Korps von Neuer Aufstellung genommen hatte, erreichte das gefährliche Manöver sein Ende. Der Kaiser ritt durch die feindlich geschmückten Ortschaften Wingenbach und Neuweller nach Lauterburg, von wo um 12 Uhr Mittags die Rückkehr nach Karlshafen erfolgte.

Zu der erwähnten Ernennung Sr. Kaiserl.

und Königl. Hoheit des Kronprinzen zum Sekonde-

Lieutenant in der sächsischen Armee, und zwar

zu der suite des zweiten Grenadier-Regts. Nr. 101,

schreibt das "Dresden Journal":

"Am 9. September waren es 25 Jahre seit dem Tage, an welchem Se. Majestät der König

Johann dem damaligen Bundesfeldherrn, Sr.

Majestät dem Könige Wilhelm von Preußen, dem

nachmaligen Kaiser Wilhelm I., das 2. Grenadi-

er-Regiment Nr. 101 verliehen hatte. Sr. Majes-

tät der König hat diesen Tag nicht vorübergehen

lassen, ohne Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm,

dem gegenwärtigen Chef des Regiments, ein

Zeichen der Erinnerung übermitteln zu lassen.

Zu diesem Zwecke war der Kriegsminister General-

Lieutenant v. d. Planitz beauftragt, am 9. Sep-

tember einen allerhöchsten Handschreiben Sr. Majes-

tät dem Kaiser zu überreichen, worin den Ge-

schäften der Verehrung und der treuen Waffen-

brüderlichkeit, die die preußischen mit den sächsischen

Truppen verbinden, Anerkennung verliehen war, und

in welchem mitgetheilt wurde, daß Sr. Majestät

der König den Kronprinzen des deutschen Reiches

und von Preußen zum Sekonde-Lieutenant in der

2. Grenadier-Regiments Nr. 101 "Kaiser Wil-

helm, König von Preußen" ernannt habe. Sr.

Majestät der Kaiser nahm das betreffende Hand-

schreiben vom Kriegsminister v. d. Planitz bei der

Parade in Straßburg vor Beginn des Parades-

marsches entgegen und sprach sich sehr erfreut

über diesen erneuten Beweis der hulvollen

Freundschaft Sr. Majestät des Königs von Sachsen."

— Über einige bedeutsame Neuänderungen, welche Bismarck 1866 bald nach der

Schlacht von Königgrätz im Gespräch mit dem

damals schwerverwundeten Grafen Nikolaus

Bethlen gemacht hat, veröffentlicht jetzt dieser au-

Grund seines Tagebuches im "Pfeil Kapo", was

ihm aus seinem Gespräch mit Bismarck be-

merkenswert geblieben. Nachdem sich Bismarck

über das Beitreten des verwundeten Grafen

Bethlen unterrichtet hatte, drückte er ihm nach

diesem Besuch seine Freude darüber aus, daß die

Österreicher sich so brav in Italien geschlagen

haben. Seine Freude sei um so gerechtfertigter, da

das österreichische Heer ein deutsches Heer sei.

Lebhaft ist ein Unterricht zwischen Preußen

und Österreich in ihrem Kriege gegen einan-

der nur inoffiziell zu finden, daß die österrei-

chischen Generale mehr Feuer begangen hätten

als die preußischen.

Auf eine von Bethlen eingeworfene Frage,

wie eine konservative preußische Regierung eine

Expedition unter Klapka und seinen ver-

antworteten lassen könnte, antwortete Bismarck:

"Die Expedition wollte und konnte nichts anderes

sein, als eine bloße militärische Demonstration

gegen den sich zurückziehenden feind. Dieses sagte

ich Klapka und den übrigen Herren offen und klar

und gab ihnen gar keine Versprechungen für

die Zukunft. Im Ganzen vertrug ich ihnen nur

so viel, daß ich mich bemühen werde, die

Personal-Union zwischen Österreich und Ungarn

noch zu jordern auf Grund eines Ausgleiches. Es ist

abrigt nicht vorauszusehen — jetzt Bismarck

— daß Franz Deat und die ungarischen

Staatsmänner sich nicht bestreben sollten, die

Personal-Union in der Art zu Stande zu bringen,

die die Erhaltung der Großmachtstellung des

Monarchie möglich mache. Die beste Stütze der

Magyaren gegen die Slavenlinie ist die Wieder-

herstellung der Monarchie. Wird diese zerstört,

so verlieren die Magyaren einen Schirmord.

Es liegt aber auch im Interesse Preußens, daß

Deutschland-Ungarn seine Großmachtstellung behält.

Dann Österreich hat seine befürchtete Mission im

Widerstand gegen das "deutsche" Reich aufzu-

stellen. Wir würden uns dadurch nur 14 Millionen

Slaven und eine herzliche Aristokratie an den

Hals laden. Wir würden dadurch das Werk der

Einigung aufheben und zwar die Zerstörung

des Monarchie. Würde es gelingen, die

Magyaren, weil es ihnen eine Gewähr giebt,

dem Ausdruck Deutschlands aus dem "deutschen"

Bund" geistig zu entzünden. Die Freiheit der

Magyaren ist die Basis der Einigung.

Die Arbeit an der nach § 77 des Un-

fallversicherungsgesetzes dem Reichstage vorzu-

legende Nachweisung über die Reduzierung

der Berufsgenossenschaften auf das Jahr

1892 werden im Reichs-Versicherungssamt

so gefordert, daß Ausflüsse vorliegen ist, die be-

treffende Vorlage als eine der ersten dem Reichs-

tagen nach dessen Zusammentritt im Herbst zu-

stellen zu können. Der Umgang der Reichstag-

mit den Berufsgenossenschaften ist

den Berufsgenossenschaften in der

Reichsversicherungssanstalt zu verhindern.

Die Arbeit an der nach § 77 des Un-

fallversicherungsgesetzes dem Reichstage vorzu-

legen Nachweisung über die Reduzierung

der Berufsgenossenschaften auf das Jahr

1892 werden im Reichs-Versicherungssamt

so gefordert, daß Ausflüsse vorliegen ist, die be-

treffende Vorlage als eine der ersten dem Reichs-

tagen nach dessen Zusammentritt im Herbst zu-

stellen zu können. Der Umgang der Reichstag-

mit den Berufsgenossenschaften ist

den Berufsgenossenschaften in der

Reichsversicherungssanstalt zu verhindern.

Die Arbeit an der nach § 77 des Un-

